

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 pbbn d



Inhalt

42. Jahrgang / 208

28. Oktober 1987

Robert Antretter MdB zum Gespräch Dieter Spöris mit Felipe Gonzales: Ein europapolitisch hilfreicher Dialog.

Seite 1

Hans Werner Loew MdL zu den geplanten Aufwendungen für das „Straußoleum“ in München: Prestigeobjekt fallen lassen.

Seite 3

Wolfgang Sieler MdB zu den Machenschaften gegen die Max-Hütte: Die Oberpfalz darf nicht verschachert werden.

Seite 4

Dr. Dietrich Sperling MdB zur Energiepolitik der Bundesregierung: Sparen - Schnee von gestern?

Seite 5

Günther Heyenn MdB zur DIHT-Umfrage zur Wirtschaftsentwicklung: Bonn taucht weg.

Seite 6

Ein europapolitisch hilfreicher Dialog

Anmerkungen zum Gespräch Dieter Spöris mit Felipe Gonzales

Von Robert Antretter MdB
Vorsitzender der Projektgruppe Binnenmarkt der SPD-
Bundestagsfraktion

Das Projekt der Einheitlichen Europäischen Akte, bis 1992 den freien Binnenmarkt zu verwirklichen, ist keineswegs eine Sache, die man Regierungen allein überlassen könnte. Wir brauchen vielmehr einen politischen Gesamtwillen. Und dazu ist nötig, daß wir immer wieder die vorteilhaften Perspektiven zur Europäischen Union ins öffentliche Bewußtsein bringen.

Wenn jetzt genau diese Perspektiven von Dieter Spöri in Madrid zum Thema seines Dialogs mit Felipe Gonzales gemacht worden sind, dann war dies europapolitisch außerordentlich hilfreich. Es ist wichtig, die sich mit der Süderweiterung vollziehenden Veränderungen im Charakter der Gemeinschaft zu verdeutlichen. Die Chance eines Wirtschaftsraums von 320 Millionen Menschen sind nämlich nur dann auszuschöpfen, wenn der freie Binnenmarkt so rasch wie möglich in der Praxis funktioniert. Die Vision der politischen Union kann nur über den Binnenmarkt angepackt werden. Und ein glänzendes „Made in Europe“ muß ein Meilenstein sein auf diesem Weg.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Vollständiger Umfang
nur zu einem Rohpreis
Rechnung 48/87



Die Hürden, die nach wie vor den freien Verkehr von Waren, Arbeitskräften, Kapital und Dienstleistungen in den zwölf Staaten behindern, sind allerdings immer noch relativ hoch. Sie aber jetzt nicht zu überwinden, wäre ein insgesamt zu teurer Preis, der Europa schon mittelfristig gegenüber USA und Japan konkurrenzunfähig machen könnte.

Indessen hat Dieter Spöri recht, wenn er bei der angestrebten Harmonisierung der Steuersysteme darauf hinweist, daß die EG-Kommission zum Beispiel bei der Mehrwertsteuer eine Bandbreite für die Steuersätze von 14 bis 20 Prozent vorgeschlagen hat und insofern die Bundesrepublik Deutschland keine Korrektur vornehmen müsse. Für die Zukunft entscheidend sind in der Tat Fortschritte beim Beschlußverfahren der Gemeinschaft. Die Mehrheitsentscheidung im Ministerrat muß ebenso selbstverständlich werden, wie die Anerkennung des Prinzips gegenseitigen Vertrauens, das den Wust von Detailregelungen in den Nationalstaaten ausschließen sollte.

Um jedoch einen internen Nord-Süd-Konflikt zu vermeiden, bleibt es vorrangig, daß die EG-Strukturpolitik einen neuen Aufschwung nimmt. Struktur-, Regional- und Sozialfonds müssen jedenfalls massiv - bis zur Verdoppelung der Mittel - aufgestockt werden. Und gezielter als bisher sind die Gelder der Gemeinschaft auf benachteiligte Gebiete zu konzentrieren, damit bestehende wirtschaftliche Ungleichgewichte abgebaut werden. Denn es ist klar: vor allem in Portugal und Spanien muß sich mehr Kaufkraft entwickeln, wenn ein freier Binnenmarkt auch zur Angleichung der Lebensverhältnisse in der Gemeinschaft führen soll.

Gesehen werden muß bei alledem - und auch dies hat Spöri betont: Ein bloßes „Wirtschaftseuropa“ wäre auf Dauer nicht lebensfähig. Gerade die Diskussion um den Binnenmarkt braucht die soziale und kulturelle Dimension Europas. Dafür ist - angesichts von 17 Millionen Menschen ohne Erwerbsarbeit - eine wesentliche Voraussetzung, daß die Gemeinschaft endlich dem Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit erste Priorität einräumt.

Schließlich wird nur das „Europa aller Bürgerinnen und Bürger“ unsere großen Probleme in einer gemeinsamen Zukunft lösen.

(-/28.10.1987/rs/ks)

* * *



165 Millionen für das „Straußoleum“

Das Prestigeobjekt fallen lassen, das Geld in andere Bauvorhaben investieren

Von Hans Werner Loew MdL
Finanzpolitischer Sprecher der bayerischen SPD-Landtagsfraktion

Für das Prestigeobjekt des bayerischen Ministerpräsidenten Strauß, den Neubau der Staatskanzlei im Münchner Hofgarten, legt sein Finanzminister Streibl Millionen auf die hohe Kante. Insgesamt 165 Millionen Mark sind für das „Straußoleum“ im Doppelhaushalt 1987/88 als Ausgabemittel bereit gestellt. Doch diese verpuffen wirkungslos für die bayerische Bauwirtschaft. In einem Brief an Finanzminister Streibl habe ich daher gefordert, diese Mittel für andere Ressorts zu verbrauchen.

Zwar setzt sich die SPD politisch dafür ein, die bisherigen völlig überzogenen Pläne zum Neubau der Staatskanzlei zu Fall zu bringen. Zwar steht die SPD voll und ganz hinter der nun eingetretenen zeitlichen Verschiebung des Staatskanzlei-Neubaus und strebt dessen gänzliche Verhinderung an. Andererseits aber befürwortet die SPD, diese enormen Investitionsmittel im bayerischen Staatshaushalt bauwirksam zu verausgaben. Es ist ein Unding, diese wünschenswerte Verzögerung des Neubaus der Staatskanzlei dazu zu benutzen, daß sich Finanzminister Streibl eine fiskalische „Kriegskasse“ zu Lasten der bayerischen Bauwirtschaft zulegt.

Ich habe Streibl daher aufgefordert, diese Mittel auf unstrittige, beureife Maßnahmen der anderen Ministerien zu übertragen. Dadurch könnte sowohl der unabwiesbare Bedarf von Umbau-, Erweiterungs- und Instandsetzungsmaßnahmen an staatlichen Dienstgebäuden, Gerichten, Universitätskliniken und Justizvollzugsanstalten sowie unstrittige Neubaumaßnahmen beschleunigt in Angriff genommen werden. Zudem kann ein konjunkturpolitisch entscheidender Einbruch für öffentliche Investitionen in Bayern verhindert werden.

Gerade der Bauwirtschaft, mit der es seit der Bonner Wende steil bergab geht, steht im nächsten Jahr ein besorgniserregender Einbruch bevor. Es wäre ein kardinaler Fehler, wenn die im Haushalt veranschlagten Bauinvestitionen nicht im vollen Umfang getätigt würden.

Vor allem auf dem Hintergrund, daß sich der soziale Wohnungsbau durch den Rückzug der Bonner Regierungskoalition in den letzten drei Jahren halbierte und damit auf den niedrigsten Stand seit Bestehen der Bundesrepublik absackte. Auch im Hinblick darauf, daß die Städtebauförderung von einer Milliarde im Jahr 1986 auf nunmehr 660 Millionen Mark zurückgeschnitten wurde.

Auch die Höhe der Investitionsquote im Staatshaushalt wäre nichts anderes als ein propagandistischer Papiertiger der Staatsregierung, wenn die veranschlagten Bauinvestitionen nicht in vollem Umfang durchgeführt werden. Die vorgeschlagene Umschichtung der Baumittel für die Staatskanzlei ist einer der wichtigsten Punkte in der Beratung des Nachtragshaushaltes 1987/88. In meinem Brief an Finanzminister Streibl habe ich dazu ausgeführt: „Eine Ablehnung meines Vorschlages wäre nicht nur eine Niederlage für die Seriosität der bayerischen Finanzpolitik, sondern auch ein Rückschlag für die ohnehin gebeutelte bayerische Bauwirtschaft.“

(-/28.10.1987/rs/ks)



Die Oberpfalz darf nicht verschachert werdenZu den Machenschaften gegen die Max-Hütte

Von Wolfgang Sieler MdB

Die geplante Rückkehr des Klöckner-Konzerns zur Max-Hütte in Sulzbach-Rosenberg ist ein gespannter Vorgang. Zur Zeit hält sich eine Manager-Delegation der nordwestdeutschen Stahlkonzerne in der Oberpfalz auf, um auf der Basis einer Mini-Sanierungslösung mit unter 1.000 Beschäftigten eine Beteiligung an der „Max-Hütte-neu“ zu klären. Neben Thyssen, Krupp-Stahl und Saarstahl gehören der Delegation dieser „Nordschiene“ auch acht Vertreter des Vorbesitzers Klöckner an.

Der Bankrotteur, der die Stahlstandorte der Oberpfalz bis auf's Gerippte ausgesogen hat, um seine norddeutschen Zweigwerke zu sanieren, soll nach dem Willen der CSU-Staatsregierung nun wieder ein maßgebliches Mitspracherecht am selbst zugrunde gerichteten Betrieb erhalten. Es wird ein Mitspracherecht an den Beerdigungsfeierlichkeiten sein, zu denen in München schon das schwarze Tuch gewebt wird.

Angesichts der Einigung der bundesdeutschen Stahlkonzerne über den Kapazitätsabbau und der bisherigen Erfahrungen mit Klöckner kann kein Zweifel daran bestehen, daß dies mittelfristig das Aus für die Max-Hütte bedeutet. Die Nordschiene will den eigenen Kapazitätsabbau auf dem Rücken der Oberpfalz betreiben. Denn keiner der Konzerne hat ein regionalpolitisches Interesse in Ostbayern.

Entsprechendes muß auch für die geplante Ausgliederung des Rohrwerkes aus der Max-Hütte-neu befürchtet werden. Auf dem Stahlrohrmarkt der Bundesrepublik helfen zur Zeit Mannesmann circa 52 Prozent, Benteler 26 Prozent und die Max-Hütte 22 Prozent. Der MH-Anteil ist also durchaus von wirtschaftlichem Interesse. Der Nürnberger Stahlhändler Kühnlein hat angeboten, das Rohrwerk zu übernehmen und mit dem überwiegenden Teil der Belegschaft weiterzuproduzieren. Das paßt aber offenbar nicht ins Kalkül der Großkonzerne und ihrer politischen Interessenvertreter.

Nach meinen Informationen sollten Kühnlein von der Bayerischen Staatsregierung lediglich 25 Prozent am ausgegliederten Rohrwerk angeboten werden. Mannesmann sollten 24,9 Prozent, aber über Zusatzvereinbarungen die industrielle Führerschaft zugeschanzt werden, die Max-Hütte-neu solle 50,1 Prozent halten. Damit erhält Mannesmann im Röhrenbereich die dominierende Stellung von 74 Prozent Marktanteil. Das ist auch aus marktwirtschaftlichen Gründen nicht wünschenswert, zudem stellt sich die Frage, was Mannesmann plötzlich für ein regionalwirtschaftliches Interesse der Oberpfalz hat. Ich vermute: Gar keins. Mannesmann wird das Rohrwerk mittelfristig aus dem Markt nehmen, um sich selbst als Monopolbetrieb etablieren zu können.

Als ebenso empörend wie bezeichnend für die wahren Absichten werte ich die Berichte über Pläne der Bayerischen Staatsregierung, im Haunuck-Verfahren einen geheimen Vorvertrag mit den Stahlkonzernen über deren MH-Beteiligung abzuschließen: Die Arbeitnehmer sollen offenbar vor die vollendete Tatsache der Vernichtung ihrer Arbeitsplätze auf der Grundlage des Hayek-Gutachtens gestellt werden.

Die schlimmsten Befürchtungen bestätigen sich jetzt. Strauß und Jaumann haben niemals ernsthaft in Brüssel die Möglichkeiten einer mehrheitlichen Beteiligung des Freistaats an der Hütte ausgelotet. Sie haben statt dessen falsche Informationen über angebliche Forderungen der EG-Behörde zur MH-Sanierung unters Volk gebracht, um die einzig sinnvolle und sozialverträgliche Krisenlösung zu diskreditieren. Gleichzeitig wurde elfrig hinter dem Rücken der betroffenen Menschen mit den Konzernen der Nordschiene über ein Verschachern der Max-Hütte zu sozialen Mindestkonditionen verhandelt. Der jetzige Besuch der Nordschiene-Manager zeigt, wie weit diese Geheimverhandlungen schon gediehen sind.

Strauß und Jaumann legen die Oberpfalz den Großkonzernen zu Füßen. Sie vertreten nicht mehr die Interessen der Menschen in dieser Region. Den Preis ihrer Politik, Arbeitslosigkeit und soziale Verödung, werden die Oberpfälzer zahlen müssen. Dagegen ist eine an den regionalpolitischen Erfordernissen orientierte, sozialverträgliche Sanierungslösung erforderlich, die die langfristige Gewißheit bietet, daß die Max-Hütte nicht dem Spiel der Konzerne zum Opfer fällt. (-/28.10.1987/rs/ks)



Energiesparen - Schnee von gestern?

Zur fatalen Energiepolitik der Bundesregierung

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

Auf dem Höhepunkt der zweiten Energiekrise Ende der 70er Jahre ist es durch eine konsequente Sparpolitik gelungen, den Zusammenhang zwischen wirtschaftlichem Wachstum und dem Wachstum des Energieverbrauches aufzubrechen. Diese beiden wichtigen Größen hatten bis dahin scheinbar unveränderlich und parallel zueinander zugenommen. Von 1979 bis 1983 hat sich die Entwicklung des Energieverbrauches deutlich und spürbar von der wirtschaftlichen Entwicklung entfernt und weit weniger stark zugenommen.

Seit 1983 verlaufen die Kurven jedoch wieder fast parallel. Der unselige und umweltbelastende Zusammenhang, daß bei wirtschaftlichem Wachstum auch der Energieverbrauch und in besonderem Maße der Stromverbrauch steigen, ist wieder hergestellt.

Dies ist eine Folge der politischen Vernachlässigung der Ziele des Energiesparens und der Schonung natürlicher Ressourcen. Die seit Ende 1982 für die Energiepolitik verantwortliche Bundesregierung hat den klaren politischen Willen, eine konsequente Energiesparpolitik und damit vorbeugenden Umweltschutz zu betreiben, vermissen lassen und finanzielle Anreize und Förderungen bis hin zur Forschungsförderung in diesem Bereich abgebaut und eingeschränkt.

Die Entwicklung bei Haushalten und Kleinverbrauchern macht dies deutlich: Durch den Abbau der Energiesparförderung bei der Gebäudeheizung, die Einschränkung entsprechender steuerlicher Abschreibungsmöglichkeiten und das Ausbleiben klarer politischer Botschaften hat die Bundesregierung einen durch niedrige Ölpreise begünstigten Trend verursacht, der den Energieverbrauch in diesem Bereich wieder mit hohen Zuwachsraten zunehmen läßt. Diese Zuwachsraten liegen deutlich über denen des Sozialproduktes und sind negativ zu bewerten.

Der verbliebene Rest an steuerlicher Energiesparförderung bei der Gebäudeheizung soll im Zuge der Finanzierung der Steuersenkungen abgebaut und abgeschafft werden.

Dies ist eine aus kurzfristigen fiskalischen Gründen falsche Politik mit fatalen langfristigen Auswirkungen.

(-/28.10.1987/rs/ks)

* * *



Die Krise verschärft sich - und Bonn taucht weg

Zur DIHT-Umfrage, der zufolge die Massenarbeitslosigkeit weiter ansteigen wird

Von Günther Heyann MdB
Obmann der SPD-Fraktion im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung

Nach der neuen Umfrage des DIHT wollen 1988 20 Prozent der Unternehmen Personal abbauen, nur elf Prozent die Beschäftigung ausweiten, von der Industrie insgesamt wird also ein Stellenabbau angekündigt. 1988 wird es also einen noch weiteren Anstieg der Massenarbeitslosigkeit geben.

Erst in der letzten Woche hat die Bundesregierung die gesamtwirtschaftlichen Eckdaten neu geschätzt, allerdings erneut unrealistisch. Der für 1988 „prognostizierte“ Anstieg der Beschäftigung um 0,5 Prozent wird von den neuen Umfragen widerlegt. Die durchschnittliche Arbeitslosenzahl von 2,23 Millionen wird nicht zu halten sein. Schon jetzt ist die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl mit 2,255 Millionen höher. Durch den Stopp der Qualifizierungsoffensive und die Einschränkung bei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen wird es 1988 durchschnittlich mindestens 2,3 Millionen Arbeitslose geben - eher noch mehr. Die Zahl der Kurzarbeiter ist ebenfalls unrealistisch niedrig angesetzt.

Die Bundesanstalt für Arbeit kommt gleich von drei Seiten her in die Klemme:

- Mit der 8. Novelle AFG wird fast eine Milliarde DM an lupenreinen Bundesaufgaben auf die Solidargemeinschaft der Beitragszahler verschoben und damit mehr verbraucht als an „Überschüssen“ (also das, was den Arbeitslosen in den letzten Jahren aus der Tasche gezogen wurde) noch da ist.
- Der geringere Anstieg der Beschäftigtenzahl läßt die Beitragseinnahmen spärlicher fließen als veranschlagt.
- Der Anstieg der Zahl der Arbeitslosen und der Kurzarbeiter kostet zusammen fast eine weitere Milliarde DM.

Insgesamt wird das Defizit der Bundesanstalt für Arbeit 1988 weit mehr als eine Milliarde DM betragen. Wie es dann weitergeht, ist schon jetzt klar: Die Bundesregierung wird sich völlig überrascht zeigen, daß ihre „prognostizierten“ Daten erneut nicht eingetreten sind, dann werden wieder die Arbeitnehmer über höhere Beiträge und die Arbeitslosen mit Leistungsabbau zur Kasse gebeten. Einmal mehr heißt die Methode jetzt: Wegtauchen, Tarnen und Täuschen.

(-/28.10.1987/rs/ks)

* * *